



Kreistagswahlprogramm der AfD Breisgau-Hochschwarzwald

Bürgernah für den Landkreis

Wir treten an, um uns in unserem Landkreis für eine lösungsorientierte, bürgernahe Politik einzusetzen. Als Kreistagskandidaten möchten wir dazu beitragen, den Anteil der Bürger im Vergleich zu dem der Bürgermeister im Kreistag zu erhöhen. 23 von 69 Kreisträten sind im Breisgau-Hochschwarzwald zugleich Bürgermeister. Der Interessenskonflikt zwischen Bürgermeisterrat und Kreistagsmandat liegt auf der Hand, da Kreisfinanzen und Gemeindefinanzen über die Kreisumlage miteinander verbunden sind. Unabhängig davon hängt die Gestaltung der Kreispolitik vom enger gewordenen Finanzspielraum ab.

1. Verantwortungsvolle bürgernahe Politik bedeutet mit Steuergeldern gewissenhaft umzugehen

Ein nachhaltiger Umgang mit Steuergeldern ist dem Landkreis nicht hinreichend gelungen. Der finanzielle Spielraum für den Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald ist trotz guter Konjunktur sehr eng bemessen, der Schuldenberg in den letzten Jahren deutlich angewachsen. Das ist nicht zuletzt auf einen zu optimistischen Umgang der anderen Kreistagsfraktionen mit der Grenzöffnungspolitik 2015 zurückzuführen. Deutlich zweistellige Millionenbeträge wurden für die sogenannte Flüchtlingsunterbringung vorgestreckt, 2015 15,8 Millionen Euro, 2016 47,8 Millionen. Das galt als alternativlos. Die AfD hatte gewarnt, die in Baden-Württemberg regierenden Parteien würden nicht alles Geld erstatten. Es müssten die Details für Erstattungen genauer ausgehandelt und fixiert werden. Erst dann sollte der Haushalt genehmigt werden. Darauf wurde im Kreistag nicht eingegangen. Noch heute läuft der Landkreis der Erstattung von angefallenen Kosten hinterher, wobei die Restforderungen aus 2016 3,5 Millionen Euro und 2017 4,9 Millionen

Euro betragen. Insgesamt beziffert die „Haushalts-satzung 2019 mit Haushaltsplan des Landkreises“ (Seite 12) zum Jahresende 2018 die noch nicht beglichenen Forderungen des Landkreises gegenüber dem Land auf 37,4 Millionen Euro. Dabei beträgt der Gesamtschuldenstand des Landkreises Ende 2018 55,3 Millionen Euro. Skepsis gegenüber den im Land regierenden Parteien und ihren Versprechungen hat sich als angemessen erwiesen und bleibt auch in Zukunft wichtig.

Die noch gute Konjunktur führt zu mehr Steuereinnahmen. Diese werden aber durch steigende Baukosten für die neue Breisgau-S-Bahn 2020 wieder aufgezehrt. Um Fördergelder für die teilweise bereits geleisteten Infrastrukturmaßnahmen zu sichern, trägt die AfD dieses Vorhaben mit.

Die AfD setzt sich für eine patientengerechte Krankenhausfinanzierung ein. Sparen an dieser Stelle geht zu Lasten der Bürger. Wir sehen die aktuelle Entwicklung mit Sorge, sie führte z.B. am Standort Breisach zu einer Neuausrichtung weg vom Konzept einer vollwertigen Akutklinik. Gegen die entsprechenden Beschlüsse der Altparteien zu diesem Thema stemmte sich im Kreistag allein die AfD. Wir kämpfen auch weiterhin für den vollwertigen Erhalt der Kliniken.

2. Für eine am Bedarf von Schülern und Eltern orientierte Schulpolitik

Die AfD steht zu einer hohen Priorisierung der Investitionen für den Erhalt der in Trägerschaft des Landkreises liegenden Gewerbeschulen und Gymnasien. Ausgaben für Sanierungen und Anpassungen an neuere Berufs- und Bildungsanforderungen werden geleistet. Das ist ein fortzuführender Ansatz, sei es in Müllheim, Bad Krozingen, Titisee-Neustadt, Breisach, Gundelfingen, Staufen, Neuenburg oder Kirchzarten. Die AfD sieht deutlichen Bedarf auch für neunjährige Gymnasien. Dass Nachfrage vorhanden ist, zeigen Erfahrungen aus Freiburg und Rückmeldungen von Eltern und Schülern. Die AfD fordert, hier entsprechend nachzubessern. Die AfD will, dass Jugendmusikschulen weiterhin unterstützt werden.

3. Für ein Europa der Regionen

Wir setzen uns für die Stilllegung des AKW Fessenheim und einen risikofreien Rückbau ein. Insbesondere müssen die Bürger über die einzelnen Schritte der Arbeiten kontinuierlich und umfassend

vom Kreistag informiert werden. Die Eisenbahnverbindung über den Rhein bei Breisach, wie sie die AfD schon von Anfang an (2013/2014) forderte, deren Realisierung in erreichbare Nähe gerückt ist, eröffnet viele neue Chancen im Grenzbereich, ebenso das grenznahe Gewerbegebiet bei Eschbach. Die AfD unterstützt auch die Kooperation mit dem Elsass in der schulischen und beruflichen Bildung. Ebenso sind kleinere Projekte (Projektfonds), Aktivitäten für grenzüberschreitende Veranstaltungen und Beratungen für Arbeitnehmer (Infobest) in der Region weiterzufolgen.

4. Wirtschaft, Verkehr und Umwelt

Die AfD fordert die Intensivierung der Straßensanierungen. Das Land muss immer wieder ermahnt werden, bei den Zuschüssen die Sondersituation Hochschwarzwald zu berücksichtigen, da diese wegen Frostschäden mit Mehrkosten verbunden ist. Die Fertigstellung der B-31-West neu sowie der Bau des Falkensteigtunnels müssen umgehend realisiert werden. Die künftige Bahnverbindung ins Elsass wird auch auf deutscher Seite eine leistbare Herausforderung sein. Eine wachsende Aufgabe bleiben die Busanbindungen im ländlichen Raum. Einiges ist hier geschehen (etwa eine direkte Buslinie Bad Krozingen-Breisach wurde eingerichtet). Das Potential für weitere Nachbesserungen an den Fahrplänen ist weiter auszuschöpfen. Dem Rechnung zu tragen ist wichtiger als ein vom Landkreis finanziertes Sozialticket, das immer wieder gefordert wird, aber auf eine kostenintensive Klientelpolitik hinausläufe. Wichtig bleiben im ländlichen Raum vergünstigte Schülertickets.

Das Thema Umwelt wird von Maßnahmen für den Klimaschutz dominiert. Die AfD unterstützt den sinnvollen Umgang mit Energie und deren Erzeugung. Den Ausbau der Windindustrieanlagen sehen wir jedoch kritisch, da dies unter anderem dazu führt, dass Deutschland immer wieder für die Abgabe von Überkapazität ins Ausland bezahlen muss (nach Angaben von Frauenhofer Energy Charts). Die Kosten werden über das Erneuerbare-Energie Gesetz (EEG) auf den Verbraucher umgelegt (Stromverteuerung) und treffen vor allem die wirtschaftlich Schwächeren.

Die Wirtschaft braucht zuverlässig planbare Rahmenbedingungen. Die AfD unterstützt den Ausbau des schnellen Internets, um den Unternehmen und Bürgern die nötige moderne Infrastruktur bereitzustellen.

Es hängt die Entwicklung ortsansässiger Unternehmen und damit von wohnortnahen Arbeitsplätzen unmittelbar davon ab. Die AfD setzt sich zudem für die Beibehaltung der Förderungen von Landwirtschaft für landschaftliche Pflegemaßnahmen in benachteiligten Gebieten ein, soweit es sich um Zu-, Neben- oder Haupterwerbslandwirtschaft handelt.

5. Jugend und Soziales

Für Kinder und Jugendliche muss das Bestmögliche getan werden. Insbesondere bei drohender Kindeswohlgefährdung muss die Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Gerichten und Betroffenen immer weiter verbessert werden. Dies ist ein Prozess, den die AfD ständig weiter beobachten und begleiten wird. Die Unterstützungen von Beratungseinrichtungen insbesondere im Bereich sozialer und gesundheitlicher Belange sind fortzuführen. Im Bereich der Asylpolitik sind die Kosten so gering wie möglich zu halten. Die Rückführung nicht bleibeberechtigter Personen hat Vorrang vor Integrationsmaßnahmen nach dem Gießkannenprinzip.

Bürgernähe bedeutet auch, auf Barrierefreiheit zu achten, um alle Bürger im öffentlichen Raum mitzunehmen. Die AfD fordert vom Landkreis, sich in diesen Bereichen intensiver zu engagieren, selbst wenn Förderprogramme von Bund und Land fehlen.

*

Beschlossen auf der Kreismitgliederversammlung in March-Hugstetten, am 29. April 2019. (V.i.S.d.P. AfD Kreisgeschäftsstelle, M. Näger, Friedhofallee 4a, 79206 Breisach).

Die AfD tritt bei den Kreistagswahlen am 26. Mai 2019 in allen 10 Kreistagswahlkreisen an.

Spendenkonto:

AfD KV Breisgau-Hochschwarzwald

Sparkasse Freiburg-Nördlicher Breisgau

IBAN: DE 39 6805 0101 0013 3033 78

BIC: FRSPDE66XXX

